

Abonnements

werden von den Postämtern, den Briefträgern und unferen...
Verlagspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgeb.
Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köhnowstraße 87.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köhnowstraße 87, von unferen...
Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum kostet 10 Pfennig, die 3spaltige Millimeterzeile im Reklameteil des Blattes 0,35 Reichsmark.
Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 10 Prozent Rabatt.

Teltower Kreisblatt

Fernsprech-Anschluß:
Sammel-Nr. B 2 Köhnow 0671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postcheckkonto:
Berlin 1519 51.

Nr. 70.

Berlin, Freitag, den 23. März 1934.

79. Jahrg.

Frankreichs Sanktionsystem

„Abgestufte“ Bestrafungen von der Verwarnung bis zur Gewaltanwendung

Zwischen London und Paris gehen in diesen Tagen die Fragen und Rückfragen über das Thema Abrüstung hin und her. Das englische Kabinett hat über die französischen Abrüstungsbedingungen beraten und schließlich nochmals in Paris um gewisse Klärungen über seine Absichten ersucht. Diese Klärungen beziehen sich, wie bekannt, hauptsächlich auf die französischen Forderungen nach weiteren Sicherheitsgarantien, auf die Methoden, die für die internationale Überwachung der Rüstungen vorgeschlagen werden, und auf die „Sanktionen“, die bei einer Verletzung des geplanten Abkommens Anwendung finden sollen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß

Frankreich einen genauen Plan abgestufter „Sanktionen“ vorzulegen bereit ist.

Wenn z. B. die internationale Körperschaft eine Verletzung des Abkommens festgestellt hat, würden die anderen Signatarmächte zunächst die betreffende Regierung darauf aufmerksam machen und um baldige Regelung ersuchen. Wenn eine darauf folgende Untersuchung ergeben sollte, daß die Sache nicht in Ordnung gebracht ist, würden die Mächte dem betreffenden Staat eine Zeitgrenze dafür setzen. Im Falle einer ablehnenden Haltung des vertragsbrüchigen Staates würden dann weitergehende Schritte unternommen werden, die von einer einfachen Weigerung finanziellen und wirtschaftlichen Verkehrs bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der Erklärung eines Boykotts und vielleicht einer Blockade zur See und als allerletztes Mittel bis zu einem gemeinsamen Polizeivorgehen gegen die widerspenstige Macht, mit anderen Worten zum Kriege führen würde.

Man deutlichen Standpunkt bedeuten diese französischen Vorschläge nichts anderes als glatte Sabotage eines Abrüstungsabkommens. Auch unserer Auffassung wird ein Abkommen gefaßt, oder ein Vertrag ist, wenn irgendeine Macht von vornherein nicht an eifrige Erfüllung denkt, wertlos. Man kann aber nicht gleich einen Pakt auf Sanktionsformeln aufbauen.

England sucht den Völkerbund zu retten.

In einer Rede erklärte der englische Lordsegelbewahrer Eden, daß als Folge eines Zusammenbruchs der Abrüstungskonferenz dem gesamten Kontaktsystem und dem Völkerbund selbst ein schwerer Schlag erteilt werden würde. Seine Wiederherstellung an sich, in welchem Umfange auch, könne einer Nation volle Sicherheit verschaffen. Ein Wüstengewalt würde eine internationale Friedenspolitik für ein wohlhabendes kollektives Friedenssystem und für einen repräsentativen und geschätzten Völkerbund darstellen. Deshalb bemühe sich die englische Regierung selbst in dieser letzten Stunde, um ein gewisses Maß an Erfolg für die Abrüstungskonferenz herbeizuführen und, wenn dies durch irgendwelche Mittel möglich sei, die Mitgliedschaft des Völkerbundes wieder aufzufüllen.

Amtliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Inzeratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

A. II. Verkehrserleichterung.

Am Durchlaß in Station 125 der Kreischauffee Mittenwalde-Teupitz werden wegen Einfahrtgefahr umfangreiche Bauarbeiten ausgeführt. Die Stelle ist nur im Schritt und mit größter Vorsicht zu befahren.

Berlin, den 22. März 1934.

Landrat des Kreises Teltow. J. B.: Schröder.

A. II. Straßenperrung.

Die Zugbrücke über den Modderkanal im Zuge der Kreischauffee nach Großfürst wird wegen umfangreicher Bauarbeiten am 26. und 27. März d. Z. für den gesamten Fahrzeugverkehr gesperrt.

Berlin, den 22. März 1934.

Landrat des Kreises Teltow. J. B.: Schröder.

Französisch-russische Verhandlungen stoßen auf Schwierigkeiten

Die Sowjets fordern Abänderung der Völkerbundsaufgaben.

Paris. Die Verhandlungen, die mit der Sowjetregierung über den Eintritt Russlands in den Völkerbund in Paris geführt werden, stoßen auf erhebliche Schwierigkeiten. Zunächst würde die Aufnahme der Sowjetrepublik die offizielle Anerkennung durch sämtliche Mitglieder des Völkerbundes zur Voraussetzung haben. Unter ihnen befinden sich mehrere Staaten, die nicht einmal die diplomatischen Beziehungen aufgenommen haben, so z. B. Holland, Finnland, Dänemark. Die Sowjetregierung nimmt ferner Anstoß daran, daß zwischen Artikel 16 des Völkerbundspaktes und dem Kelloggpaß vom August 1928 erhebliche juristische Unterschiede der Zulässigkeit bewaffneter Interventionen bestehen. Da die Sowjets eine Abänderung der Völkerbundsaufgaben fordern, die der von Italien vorgeschlagenen Form genau entgegengesetzt ist, kann man sich ungefähr vorstellen, vor welche Probleme Genu gestellt ist. Die Franzosen legen allergrößten Wert darauf, daß es zu einer Verständigung mit den Sowjets kommt und verhehlen gar nicht, daß ihnen vor allen Dingen an dem Verzichtwiden des Vertrages von Rap. No. 10 und des deutsch-russischen Vertrages von 1926 gelegen ist.

Europareise eines Sonderbeauftragten Roosevelts.

London. Der amerikanische Sonderbotschafter Child hat nach seiner Ankunft in der englischen Hauptstadt erklärt, daß er zwei bis drei Wochen in London bleiben werde, um dann eine Europareise anzutreten, die ihn nach Berlin, Paris, Rom, Prag, Den Haag, Genf, Wien, Budapest und Warschau führen werde; Moskau werde er nicht besuchen.

Scharfe Worte des polnischen Außenministers gegen Litauen.

Warschau. Der polnische Außenminister Bed gab vor der Presse am Donnerstagabend eine Erklärung ab, die mit ziemlich harter Faust in die Stimmung und die Gerüchte hineinführt, die von einer bevorstehenden Verständigung zwischen Polen und Litauen sprechen. Marschall Piłsudski hatte seinen Namenstag in seiner Heimstadt Wilna verbracht und ist nach Warschau zurückgekehrt. Die Erklärung gewinnt dadurch erhöhte Bedeutung, weil man annehmen kann, daß sie zugleich für ihn abgegeben ist. Sie geht von einem Besuch aus, der mit Piłsudski zusammenhängt. Es wird nämlich entschieden dementiert, daß der Litauer Subow, ein naher Verwandter des Marschalls, von diesem in irgendeiner anderen als privaten und verwandtschaftlichen Beziehung empfangen worden ist. Mit absoluter Eindeutigkeit wird darüber hinaus festgestellt, daß

zwischen Warschau und Kowno keinerlei politische Verhandlungen im Gange sind.

Um dieses Dementi zu erhärten, geht die Erklärung des polnischen Außenministers mit Deutlichkeit auf die Geschichte des Verhältnisses zwischen Polen und Litauen ein. Sie erinnert daran, daß Marschall Piłsudski im Jahre 1927 Woldemaras gefragt hat, ob er die unklaren Verhältnisse der beiden Staaten als Krieg oder Frieden auffassen wolle. Die Erklärung des Ministers Bed wird an dieser Stelle besonders kräftig, indem man aus ihr erfährt, daß Marschall Piłsudski, als man ihm damals über den Stand der Verhandlungen berichtete, antwortete, es wäre bei dieser Sachlage wohl zweckmäßiger,

Woldemaras zum Fenster hinauszuerufen, als die Verhandlungen mit ihm fortzusetzen. Die polnische Erklärung schließt mit der unfeindlichen Feststellung, daß der Zustand der Verhältnisse, wie er in dem Verhältnis beider Staaten zum Ausdruck kommt, in Litauen offenbar als normal angesehen werde.

Neue litauische Schifane im Memelland

Der Gouverneur fordert Entlassung deutscher Beamten.

Im Memelgebiet sind wieder Schwierigkeiten aufgetreten, hervorgerufen durch neue Schifane des Memelgouverneurs.

So wird aus Kowno berichtet, daß der Gouverneur am 16. März den Präsidenten des Direktoriums, Dr. Schreiber, auf die Tafel hingewiesen habe, daß 21 Beamte der Landespolizei polnischen Organisationen angehört haben, über deren Mitgliedschaft, wie aus den Beschlüssen der Gerichtsorganisationen hervorgeht, Strafverfahren verhängt worden seien dafür, daß sie Vorbereitungen getroffen hätten, um mit Waffengewalt einen Gebietsteil Litauens zu entreißen. Als das Direktorium des Memelgebietes darauf nicht reagierte, hat der Gouverneur des Memelgebietes am 20. März verlangt, daß der Präsident des Direktoriums bis zum 23. März die Beamten der autonomen Behörden von dem Dienst zu suspendieren hat, gegen die Strafverfahren eingeleitet worden sind, ebenso die 21 Landespolizeibeamten, die den Organisationen der Christlich-Sozialen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialistischen Volksgemeinschaft angehören. Mitihm zusammen 29 Beamte von dem Dienst suspendiert werden.

Dazu wird aus Memel gemeldet: Um sofortige Klarheit über die gegen die Beamten des Memelgebietes erhobenen Vorwürfe zu schaffen und allen Vorwänden für unangenehme Maßnahmen den Boden zu entziehen, hat der Präsident des Memeldirektoriums ein Disziplinarermittlungsverfahren gegen die ihm namhaft gemachten Beamten sofort eingeleitet. Die Beamten weisen die gegen sie erhobenen Beschuldigungen nachdrücklich zurück.

Die neuen Schifane scheinen künstlich Schwierigkeiten schaffen zu sollen, um dem Gouverneur wieder einmal Vorwand zu einem Vorstoß gegen die Memelautonomie zu geben. Mit der Zeit kennen wir aber die litauischen Methoden und wir können die Herren in Kowno nur warnen! Beseitigung der Memelautonomie auf kaltem Wege wäre auch nichts anderes als Vertragsbruch.

Oesterreich nicht mehr Republik?

Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß vermischt seit Monaten kampflos, seine Stellung durch eine sogenannte Verfassungsreform zu sichern. Nach der jetzt vorliegenden Meldung scheint er auch vorzüglich die Mittel zur monarchischen Staatsform vorbereiten zu wollen, denn wie anders sollte man die Mittelung der antiken „Wiener Zeitung“ verstehen, daß die Bezeichnung Republik in der neuen Verfassung Österreichs nicht mehr vorkomme.

Das antike Blatt der Bundesverwaltung erklärt, von ausgezeichnet unterrichteter Seite folgende Einzelheiten über Wesen und Inhalt der neuen Verfassung erfahren zu haben: Nach der neuen Verfassung werde Österreich als ein Bundesstaat bezeichnet, der aus der bundesunmittelbaren Stadt Wien und aus den Bundesländern bestehe. Die Bezeichnung Republik entfalle, so daß

künftig der Staat wahrscheinlich in internationalen Verkehr als „Österreich“ bezeichnet werden dürfte oder als „Bundesstaat Österreich“.

Die besonderen Verfassungsänderungen der sechziger Jahre über die Grundrechte der Staatsbürger seien nun in die Verfassung selbst hineingearbeitet. Dabei sei die Pressefreiheit gewissen Einschränkungen unterworfen worden, ebenso das Theater, der Rundfunk usw.

Auf die Frage eines Pressevertreters erklärte Erzherzog Otto von Habsburg, daß er sich niemals dem Wunsche seines Volkes entziehen würde, wenn es ihn auf den österreichischen oder ungarischen Thron berufen sollte.

Neuer Schweizer Bundeskanzler.

Die Schweizer Bundesversammlung wählte den jetzigen Vizekanzler Dr. Doret, den Kandidaten der Freijüngigen Demokraten, mit 120 Stimmen zum Bundeskanzler. Der von der katholischen konservativen Partei aufgestellte Vizekanzler Veimgruber erhielt nur 80 Stimmen. — Als neues Mitglied des Bundesrats wurde Ständerat Baumann gewählt.

Der Schweizer Finanzminister Wusy hat die Lage der Schweizer Finanzen vor dem Bundesrat als besorgniserregend hingestellt.